

neunzehnter antirassistischer
und antifaschistischer

Ratschlag

6. und 7. November 2009 in Erfurt



neunzehnter antirassistischer und antifaschistischer Ratschlag

Aufruf

In Erinnerung an die Reichspogromnacht im Jahr 1938, in der im gesamten Deutschen Reich Synagogen und jüdische Geschäfte verwüstet wurden und rund 1.400 Menschen an den Folgen antisemitischer Gewalt starben, veranstaltet ein breites gesellschaftliches Bündnis am 7. November 2009 den neunzehnten antirassistischen und antifaschistischen Ratschlag in Erfurt.

In der Krise

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise ist auch in Thüringen angekommen. Mit ihr wächst die Angst vor Ausgrenzung, Armut und sozialem Abstieg. Das Schreckgespenst einer kapitalistischen Globalisierung lässt den Ruf nach Abschottung und Standortnationalismus lauter werden. Mit Sorge beobachten wir zudem, dass ein Denken immer mehr um sich greift, nach dem Menschen nur noch nach ihrer Verwertbarkeit beurteilt werden. In der Folge drohen Ausgrenzung und verschärfter Konkurrenzkampf statt Solidarität. Eine Krisenbewältigungsstrategie, die die Krisenlasten auf die abhängig Beschäftigten abwälzt und durch verschärften Sozialabbau finanziert wird, schafft Raum für immer mehr

gesellschaftliche Spaltung und menschenfeindliches Gedankengut.

*Zusammen wollen wir
einem ökonomischen Nützlichkeitsdenken
entgegentreten!*

In den Köpfen

Zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen belegen, wie verbreitet menschenfeindliches, rassistisches und antisemitisches Gedankengut in unserer Gesellschaft ist. So zeigt etwa der Thüringenmonitor – jährlich von der Landesregierung in Auftrag gegeben – dass etwa die Hälfte aller Befragten Deutschland als »überfremdet« ansieht.

Vereinfachende Erklärungsmuster der derzeitigen Krise, die der angeblichen Habgier von ManagerInnen allein die Schuld geben und die Wirtschaft in Realwirtschaft und Finanzwirtschaft, im Sinne von schaffendem und raffendem Kapital unterteilen, leisten antisemitischen Erklärungen Vorschub.

*Zusammen wollen wir
rassistischen und antisemitischen Einstellungen
entgegentreten!*

Auf den Straßen

Am 11. Juli 2009 kamen über 4.000 Neonazis nach Gera zum sogenannten »Rock für Deutschland«. Diese Mischung aus Stammtischparolen und Rechtsrock war damit die größte rechtsextreme Veranstaltung in Thüringen seit 1945. Doch das »Rock für Deutschland« war nur die spektakulärste Veranstaltung von Neonazis. Auch in vielen anderen Städten Thüringens führen sie ungestört Infostände und Kundgebungen durch, durch Rechtsrockkonzerte

versuchen sie, neue SympathisantInnen zu rekrutieren. 2008 ist die Zahl rechtsextremer Straftaten in Thüringen erneut gestiegen. Immer wieder kommt es zu rassistischen Übergriffen und Beschimpfungen von Menschen, die nicht in das rechtsextreme Weltbild passen.

*Zusammen wollen wir
rechtsextremen Parolen und rechter Gewalt
entgegentreten!*

In den Parlamenten

Bei den diesjährigen Kommunalwahlen gaben mehr als 50.000 wahlberechtigte Thüringerinnen und Thüringer der rechtsextremen NPD ihre Stimme. Im Landesdurchschnitt erhielt sie damit 3,7 Prozent der Stimmen. Der Wegfall der Fünfprozenthürde ermöglicht es rechtsextremen Abgeordneten in Thüringen in Kommunalparlamenten vertreten zu sein. Bei den Gewählten handelt es sich um einschlägig bekannte und teils vorbestrafte Rechtsextremisten, die aus Ihrer Gesinnung keinen Hehl machen. Bei der Landtagswahl trat die NPD in allen 44 Landtagswahlkreisen mit eigenen DirektkandidatInnen an und erhielt landesweit 4,3 Prozent der Zweitstimmen.

*Zusammen wollen wir
der Normalisierung rechtsextremer Parteien als
»demokratische Kräfte« entgegentreten!*

In den Amtsstuben

Immer wieder werden Flüchtlinge in Thüringen von Behörden drangsaliert. Menschenunwürdige Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, die Verweigerung medizinischer Versorgung und

UnterstützerInnen Aktionsbündnis gegen Rechts Gotha, Antifaschistische Koordination Erfurt [AKE], Bündnis 90 / die Grünen Thüringen, Deutsch-Israelische Gesellschaft, Arbeitsgemeinschaft Erfurt, DGB Jugend Thüringen, DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, DIE LINKE. Thüringen, IG BAU Thüringen, José Paca, Vorsitzender Ausländerbeirat Erfurt, Jüdische Landesgemeinde Thüringen, JUSOS in der SPD Erfurt, Landesjugendwerk der AWO Thüringen, Mobit e.V., NaturFreundeJugend Thüringen, NDC Thüringen, Projektgruppe Besetztes Haus: Hände hoch, Haus her! Für ein selbstverwaltetes Zentrum in Erfurt, RedRoxx – offenes Wahlkreisbüro der Linksjugend, Radio F.R.E.I., Rosa Luxemburg Stiftung Thüringen, SPD-Laden / Wahlkreisbüro Peter Metz, SPD Stadtratsfraktion Erfurt, Ver.di Bezirksfrauenrat Mittel-/ Nordthüringen, VVN/BdA Thüringen

wichtiger Hinweis Entsprechend § 6 Abs. 1 VersG sind Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, von der Versammlung ausgeschlossen.

die Einschränkung der Bewegungsfreiheit durch die sogenannte Residenzpflicht, die es Asylsuchenden verbietet, den Landkreis zu verlassen in dem sie wohnen, bestimmen den Alltag vieler Flüchtlinge in Thüringen. So wurde der Flüchtling Felix Otto zu einer achtmonatigen Haftstrafe verurteilt, weil er die Grenze des Landkreises überschritten hat.

*Zusammen wollen wir
staatlicher Ausgrenzung entgegenreten!*

Auf den öffentlichen Plätzen

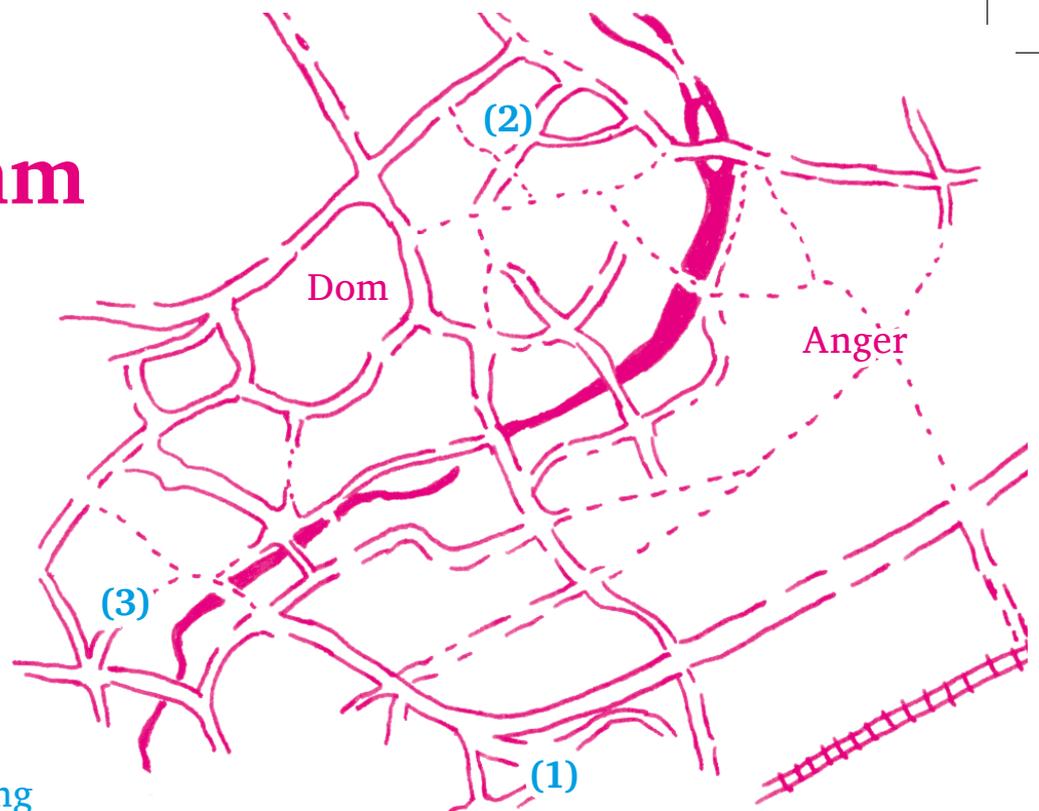
Zunehmend werden unerwünschte Gruppen an die Ränder der Städte gedrängt. MigrantInnen, Obdachlose und Jugendliche werden aus dem Stadtbild in Erfurt und anderen Thüringer Städten vertrieben, um TouristInnen eine saubere und »aufgeräumte« Kulisse zu bieten. Diese räumliche Form der Ausgrenzung ist nur ein Anzeichen dafür, dass Toleranz und Akzeptanz nicht mehr allen Mitgliedern der Gesellschaft zu Teil wird.

*Zusammen wollen wir
sozialer und räumlicher Ausgrenzung entgegenreten!*

Wir laden alle herzlich ein, sich zu informieren und zu diskutieren und zu streiten, auszutauschen und zu vernetzen und aktiv zu werden.

19. antirassistischer und antifaschistischer Ratschlag in Thüringen: **Vielfältig und entschlossen!**

Programm



6. November

19.30 Uhr Mahngang
zur Erinnerung an die Reichspogromnacht
Treffpunkt (1) Synagoge, Juri-Gagarin-Ring 16

21.00 Uhr Festival »I love Marbach Records«
(2) Offene Arbeit, Allerheiligenstraße 9

7. November

10.00 Uhr Eröffnung des neunzehnten
antirassistischen und antifaschistischen Ratschlags

10.45 Workshopphase 1

13.00 Mittagspause mit veganem Essen

15.00 Workshopphase 2

17.15 Abschlussplenum

Den ganzen Tag über

Infostände, Büchertische, Siebdruckwerkstatt, Kin-
derbetreuung, Kaffee, Essen und Getränke.

(3) Königin-Luise-Gymnasium, Melanchthonstr. 3

Aktuelles Programm www.ratschlag-thueringen.de

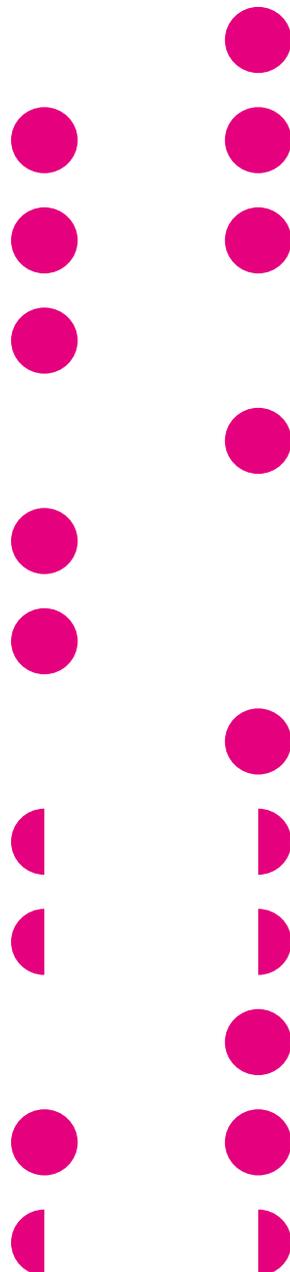
Workshops



- 1 Iran: Die Revolte...
- 2 Menschenrechte auf dem Prüfstand
- 3 Antisemitismus...
- 4 Coburg und sein Convent
- 5 Gegen jeden Extremismus?
- 6 Geschichtsarbeit von unten
- 7 Demo 1x1
- 8 Blockade Training
- 9 E-Mails verschlüsseln mit PGP
- 10 Rechtsextremismus entgegentreten
- 11 Gegen Nazis in Kommunen
- 12 Rechtsextremismus im Betrieb
- 13 Aktiv gegen Rechts an der Schule

Phase 1
10.45 – 13.00 Uhr

Phase 2
15.00 – 17.15 Uhr

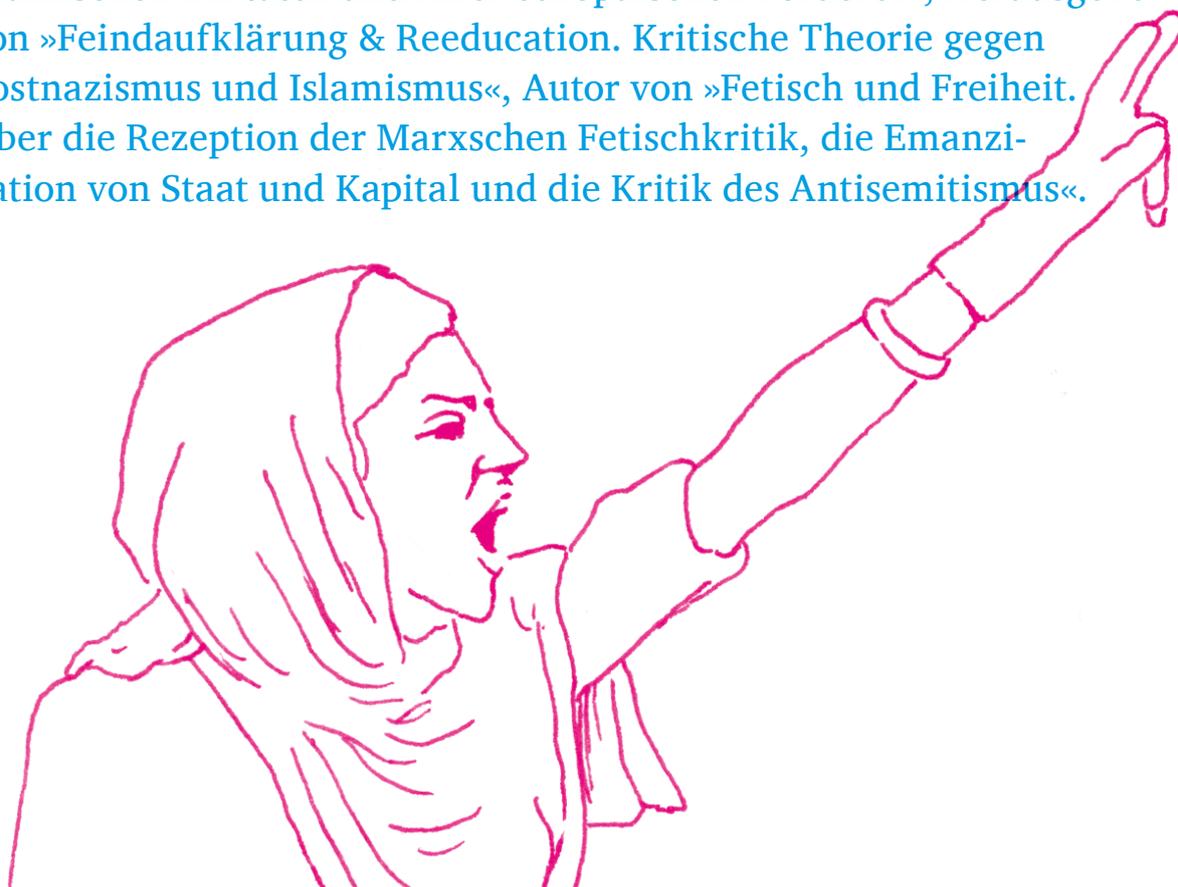


Iran

Die Revolte gegen das Regime, die Bedrohung Israels und die Rolle Deutschlands, Stephan Grigat

Die »Islamische Republik« hätte sich im Iran kaum 30 Jahre an der Macht halten können, wenn ihr aus Europa nicht mit politischer Nachsicht und ökonomischer Kooperation begegnet worden wäre. Gerade Deutschland und Österreich waren Vorreiter bei der Unterstützung eines Regimes, das nicht erst seit Ahmadinejad, sondern seit 1979 zur Vernichtung Israels aufruft, Minderheiten, Gewerkschafter, Oppositionelle und Homosexuelle systematisch verfolgt, Männer und Frauen dem Tugendterror der Scharia aussetzt und mit seinem Nuklearprogramm nicht nur für Israel eine existenzielle Bedrohung darstellt. Neben einer Kritik des anhaltenden deutsch-europäischen Appeasement gegenüber Teheran soll der Vortrag Perspektiven der Revolte gegen das iranische Regime skizzieren.

Stephan Grigat ist Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft an der Uni Wien und arbeitet für die Kampagne www.stopthebomb.net in Österreich. Mitherausgeber des Bandes »Der Iran – Analyse einer islamischen Diktatur und ihrer europäischen Förderer«, Herausgeber von »Feindaufklärung & Reeducation. Kritische Theorie gegen Postnazismus und Islamismus«, Autor von »Fetisch und Freiheit. Über die Rezeption der Marxschen Fetischkritik, die Emanzipation von Staat und Kapital und die Kritik des Antisemitismus«.



2

Menschenrechte auf dem Prüfstand

Michael Stade

Es wird gezeigt, wie staatliche Ausgrenzungsmaßnahmen Rassismus und Rechtsextremismus fördern. Wenn bestimmten Menschengruppen unveräußerliche Grundrechte beschnitten werden, erscheinen diese Menschen als minderwertig – deren Sichtweise auf die Gesellschaft wird unterdrückt. Ungleichbehandlung vor dem Gesetz verschleiert die Ursachen von Spannungen, an der Stelle von staatlichem Handeln erscheinen die Opfer als Sündenböcke.

Es sollen zivilgesellschaftliche Aktionsformen erarbeitet werden, mit welchen täglich praktizierte Grundrechtsverletzungen in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt werden. Politik soll dem Schutz der Menschenwürde wieder mehr Beachtung schenken.

3

Der Antisemitismus

ist auch nicht mehr das, was er mal war... Florian Eisheuer

Das »Erfolgsrezept« des Antisemitismus ist bekanntlich seine Fähigkeit als Verwandlungskünstler in immer neue Kleider zu schlüpfen. Diese Flexibilität des Ressentiments erschwert seine erfolgreiche Bekämpfung, denn nur wer Antisemitismus erkennt, kann auch erfolgreich gegen ihn vorgehen.

Beginnend mit mittelalterlichen Formen des Antisemitismus werden wir uns im Workshop gemeinsam zu seinen zeitgenössischen Erscheinungsformen in Deutschland vorarbeiten und mögliche Handlungsstrategien diskutieren. Dabei wird ein besonderer Schwerpunkt auf die Frage gelegt werden, über welche Formen der Umwegkommunikation das Ressentiment im postnazistischen Deutschland weiterexistiert.

4

Coburg und sein Convent

Rechter Konsens in Aktion, CARA

Coburger Aktionsbündniss gegen rechtsradikale Aktivitäten

Der Coburger Convent (CC) ist ein Zusammenschluss von annähernd 100 pflichtschlagenden und farbentragenden Studentenverbindungen. Mehrere Tausend AnhängerInnen treffen sich jedes Jahr zu Pfingsten in Coburg zum Pfingstkongress. Der Verband versucht seine rechtskonservativen bis reaktionären Ansichten unter einem unpolitischen Anstrich zu verbergen.

Wir wollen mit euch in einer ersten Phase Faktenwissen und theoretischen Background zum Thema schaffen. In der zweiten Phase möchten wir gemeinsam Handlungsstrategien entwickeln, die darauf abzielen die Duldung des Coburger Convents in der SPD-regierten Kleinstadt langsam aber sicher zum Kippen zu bringen. Wir freuen uns auf eure Erfahrung und werden euch an unserer teilhaben lassen.

5

Gegen jeden Extremismus?

Was ist falsch am Extremismusbegriff? INEX Leipzig

Obwohl die Extremismusformel empirisch widerlegt ist, hat sich der Begriff politisch durchgesetzt. Nicht nur Verfassungsschutz und CDU-PolitikerInnen dient er als Erklärungsmodell und Handlungsanleitung. Mit jedem Beitrag über »politisch motivierte Jugendgewalt«, mit fast jeder Veröffentlichung zu Rassismus, Antisemitismus und anderen Elementen nationalsozialistischer Ideologie wird er aufs Neue kolportiert. Er ist die Grundlage der bundesdeutschen Förderprogramme gegen Nazis. Mit ihm werden Volksfeste, Fußballturniere und Lampionumzüge gegen Gewalt ausstaffiert. Die meisten ProtagonistInnen der Zivilgesellschaft sind »Gegen Extremismus und Gewalt« und die Begriffe »Rechts- und Linksextremismus« werden von der wissenschaftlichen Forschung bis hin zu antifaschistischen Gruppen

ganz unkritisch verwendet. Der Workshop soll darlegen, warum dieser Begriff abgelehnt werden muss, welche Konsequenzen er auf politisches Handeln hat und warum eine Auseinandersetzung um ihn / gegen ihn nur innerhalb einer grundsätzlichen Gesellschaftskritik geführt werden kann.



6

Geschichtsarbeit von unten

Geschichtsgruppe des ehemaligen Besetzten Hauses Erfurt

Hier sollen Beispiele von nichtstaatlicher und -städtischer Geschichtsarbeit / Geschichtspolitik aus verschiedenen Städten vorgestellt und diskutiert werden. Angefragt sind ein antifaschistisches Projekt für eine Gedenkstätte des ehemaligen Mädchen-KZ Uckermark, das Projekt »Faites Votre Jeu« aus Frankfurt/Main (im ehemaligen Gefängnis Klapperfeld) und ein unabhängiges Netzwerk zur Geschichtsarbeit von unten im KZ Buchenwald. Dabei sollen die Unterschiede zu offizieller Geschichtsarbeit im Vordergrund stehen. Welche Orte und Themen werden von staatlicher / städtischer Seite nicht beachtet bzw. verschwiegen? Welche inhaltlichen Schwerpunkte legen Geschichtsprojekte von unten im Gegensatz zur staatlich / städtisch geförderten Geschichtsarbeit? Welche Vor- und Nachteile ergeben sich aus der nicht geförderten Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte?

Demo 1x1 und Bezugsgruppen Training

Trainer AK Aktionsnetzwerk gegen Rechtsextremismus Jena

In dem Workshop *Demo 1x1* wird der Aktionskonsens des Aktionsnetzwerkes gegen Rechtsextremismus vorgestellt. Es folgt eine Einführung in juristische Grundlagen und Konsequenzen sowie Verhaltensgrundlagen für die Teilnahme an Demonstrationen. Als praktische Übung wird ein Demo-Rucksack gepackt. Weiter gehen wir darauf ein, wie man sich auf eine Demo vorbereiten kann, geben Empfehlungen für das Verhalten während und nach einer Demo. Das Bezugs-



gruppenkonzept sowie Möglichkeiten zur schnellen Ent-

Blockade Training

Trainer AK Aktionsnetzwerk gegen Rechtsextremismus Jena

In dem Workshop *Blockade Training* wird der Aktionskonsens des Aktionsnetzwerkes gegen Rechtsextremismus vorgestellt und über Ohnmacht und gewaltfreien Umgang mit Konfliktsituationen diskutiert. Insbesondere wird auf Sitzblockaden eingegangen, Techniken vorgestellt und ausprobiert. Es wird versucht, aus verschiedenen Perspektiven diese Situation erlebbar zu machen. Hervorgehoben wird die Bedeutung der Bezugsgruppe und wie wichtig es ist, ein Gefühl für die Gruppe zu bekommen, da es um gemeinsames Handeln geht. Auf juristische Aspekte und Risiken wird hingewiesen. Ein gewaltfreies umgehen und durchfließen von Hindernissen kann probiert werden.

9

E-Mails verschlüsseln mit PGP

Matthias Fischer, JAPS Jena



Potentiellen AngreiferInnen stehen eine Reihe legaler und illegaler Methoden zur Verfügung, sich Zugriff auf die Inhalte elektronischer Kommunikation zu verschaffen. Dagegen kann man sich schützen – mittels Verschlüsselung. Das gilt nicht nur für politische AktivistInnen, sondern jedermann.

Das ist ebenso relativ bekannt wie die entsprechende Software. Dennoch wird Verschlüsselung selten eingesetzt. Das liegt auch daran, dass es Laien teils schwer fällt sich selbst einzuarbeiten. Dieser Workshop ist so angelegt, dass Menschen ohne einschlägige Vorkenntnisse nachher die E-Mailverschlüsselung mit PGP im Alltag sicher anwenden können – bei minimalem Mehraufwand.

Begrenzte TeilnehmerInnenzahl. Wenn möglich, eigenen Laptop mitbringen. Eine vorherige Anmeldung ist *zwingend* erforderlich: japs@japs-jena.de, Betreff: PGP-Workshop.

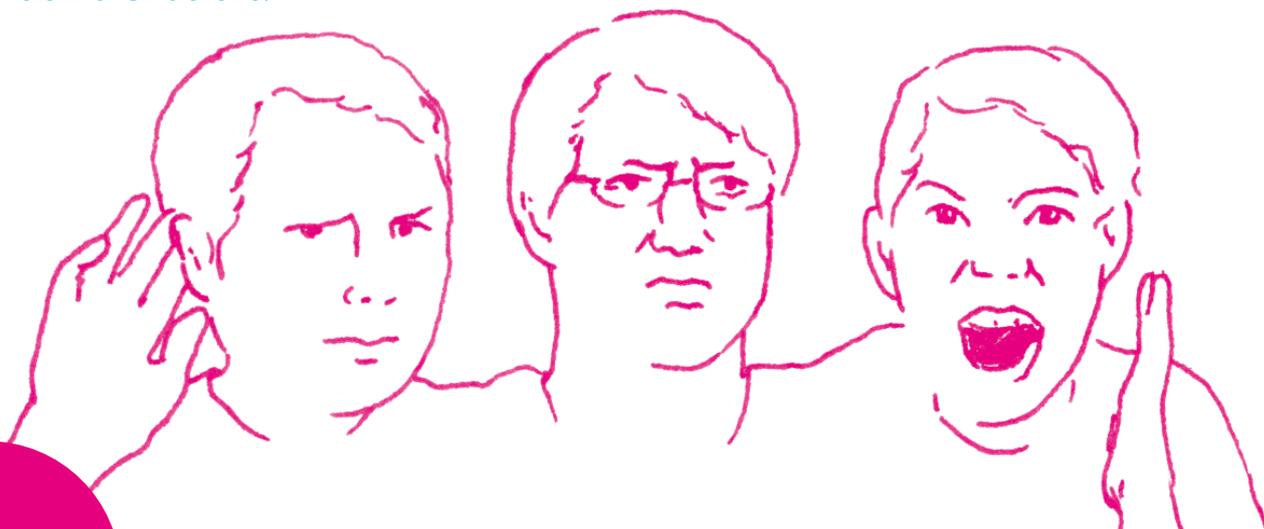
10

Rechtsextremismus entgegentreten

Argumentieren und Agieren, Melanie Pohner, Steffen Dittes

In der Straßenbahn, im Arbeitskontext oder abends beim Bier: Oft genug begegnen uns rechte Sprüche, subtile oder offene Diskriminierung bis zu tätlichen Übergriffen. Häufig sehen wir dann zu, fallen uns die besten Argumente später ein oder trauen wir uns nicht, aktiv einzugreifen, weil uns ein sicheres Auftreten fehlt. Damit lassen wir unakzeptablem Verhalten Raum, ärgern uns aber über unsere passive Haltung. In dem Workshop geht es um aktive Reaktionsmöglichkeiten für die Zurückweisung diskriminierender Handlungen. Neben Grundsätzen zum Reagieren werden argumentative Entgegnungen

und verbale Auseinandersetzungen geübt. Angemessenes Verhalten in tätlichen Übergriffssituationen und Anhaltspunkte für eine möglichst realistische Gefahreinschätzung werden diskutiert.



Handlungsempfehlungen gegen Nazis in Kommunen und Kommunalparlamenten

Sabine Berninger (MdL, DIE LINKE, Stadträtin in Arnstadt)

Mit dem Fall der 5%-Hürde bei Kommunalwahlen konnten in Thüringen 23 Neonazis in die Parlamente einziehen. Damit kann die NPD erstmals die kommunale Infrastruktur für ihre Politik nutzen. Es besteht die Gefahr, dass die Mandate als »demokratische« Teilhabe toleriert und zum örtlichen Politikalltag werden. Reicht es aus nicht neben diesen in den Parlamentsbänken sitzen zu wollen? Mit den Argumenten der NPD (öffentlich) auseinandersetzen oder rechts liegen lassen? Mit Ausgrenzung reagieren oder kommunale Satzungen ändern?

Wie kann eine Strategie der konsequenten Abgrenzung gegen NPD-Mandatsträger aussehen? Wie kann eine solche aussehen, die neben den parlamentarischen Notwendigkeiten die gesellschaftlichen Ursachen für die (Wahl-)Erfolge der Rechtsextremen im Blick hat?

12

Rechtsextremismus im Betrieb

Jan Eckert, Bildungsreferent der IG Metall

Rechtsextremismus begegnet uns in allen Lebensbereichen. Wie definieren wir Rechtsextremismus? Dem müssen wir überall Zivilcourage entgegensetzen. Was verstehen wir unter Zivilcourage? Das gilt auch für die Arbeitswelt und den Betrieb. Wie kann mit rechtsextremen Äußerungen im Betrieb umgegangen werden? Und wir beschäftigen uns mit Betriebspolitik und Menschenrechten. Wie finden sich Verbündete im Betrieb? Diese hier gestellten und andere Fragen diskutieren wir im Workshop und entwickeln gemeinsam Handlungsansätze. Denn: Zivilcourage bedeutet, aufmerksam und aktiv zu sein.

13

Aktiv gegen Rechts an der Schule?!

Gemeinsame Erarbeitung von Handlungsmöglichkeiten
n.a.s.e. (Netzwerk antifaschistischer SchülerInnen Erfurt)

In diesem Workshop wollen wir darüber diskutieren, welche Handlungsmöglichkeiten bestehen, wenn menschenverachtendes Gedankengut an Schulen vorhanden ist und unter Umständen sogar zunimmt.

Vor dem Hintergrund dass viele Verantwortliche, SchülerInnen, Lehrkräfte und Eltern die Augen vor dem Problem verschließen und mitunter versuchen SchülerInnen in ihrem antifaschistischen Engagement zu behindern, hat sich vor einiger Zeit das Netzwerk antifaschistischer SchülerInnen Erfurt (n.a.s.e.) gegründet. Wir wollen uns mit Interessierten austauschen und gemeinsam Strategien entwickeln, um rechten Einstellungen keinen Raum zu lassen.

Wichtige Informationen

Kosten

Die Teilnahme am Ratschlag ist kostenlos. Wir bitten jedoch alle Menschen mit Einkommen sich an den anfallenden Kosten durch Spenden zu beteiligen.

Versorgung

Für leckeres veganes und vegetarisches Essen und Trinken ist gesorgt.

Kinderbetreuung

Kinder werden in der Zeit von 10.00 Uhr bis 18.00 Uhr kostenlos betreut. Bitte teilt uns frühzeitig mit, wie viele Kinder Ihr mitbringt und wie alt sie sind.

Infostände

Infostände können aufgebaut werden, müssen aber vorher bei den OrganisatorInnen mit Platzbedarf angemeldet werden.

www.ratschlag-thueringen.de

